

B 90/Die Grünen • Rathaus • 51465 Berg. Gladbach

An die Vorsitzende des Hauptausschuss
Frau Maria Theresia Opladen
Rathaus Bergisch Gladbach

51465 Bergisch Gladbach

im Stadtrat von
Bergisch Gladbach

Telefon + Fax 02202 / 14 22 42
email: gruenefraktion.gl@gmx.de
www.gruene.de/bergisch-gladbach

Bürozeiten:
die 9-13 Uhr, do 9-14 Uhr
BürgerInnensprechstunde:
montags 17-18 Uhr

Bergisch Gladbach, 11.11.02

Antrag für den Hauptausschuss am 3.12.02

Sehr geehrte Frau Opladen,

wir bitten Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung des Hauptausschusses am 3.12.02 zu setzen.

Antrag

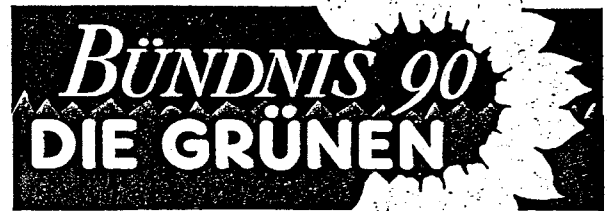
Der Hauptausschuss berät die zur Zeit laufenden Vorbereitungen zum US Cross- Border-Leasing für das Abwasserwerk der Stadt und beschäftigt sich mit den langfristigen Auswirkungen dieses Handels auf die Stadtentwicklung.

Begründung

Der Hauptausschuss ist für eine langfristige und großräumige Stadtentwicklung zuständig. Gerade eine Entscheidung von solcher Tragweite benötigt eingehende und intensive Beratung und Aufklärung.

Nach intensiver Recherche sehen sich Bündnis 90/ Die Grünen in ihren Vorbehalten gegenüber eines Vertrages nach dem US Cross- Border- Leasings bestärkt.

1. Ein solches Geschäft wirkt sich über einen sehr langen Zeitraum auf die Entwicklung der Stadt aus. Durch die Vorgabe innerhalb eines Zeitraumes von 30 Jahren keine Veränderungen vornehmen zu dürfen werden zukunftsfähige Innovationen und ein Erreichen besserer Qualitätsstandards unmöglich gemacht.
2. Mit diesem Vertrag würde die Stadt an amerikanisches Recht gebunden und nach diesem Gesetz würde der Stadt das Abwasserversorgungsnetz nicht mehr gehören und würde somit einen äußerst wirtschaftlich arbeitenden Eigenbetrieb aus der Hand geben.



3. Die Komplexität von US Cross- Border- Leasing Verträge machen eine Überprüfung durch die Politik unmöglich . Das heißt, ein Ratsmitglied kann gar keine Abwägung zum Wohle der Stadt treffen.
4. Der angebliche Leasing Vertrag ermöglicht es, dass es plötzlich zwei Eigentümer derselben Anlage gibt. Die Laufzeit von 99 Jahren gilt nur für die US Seite. Für deutsche Kommunen ist die Laufzeit nur 29 Jahre. Ein sehr langer Zeitraum mit unsicherem Ausgang für zukünftige Generationen.
5. Der erhoffte Gewinn für den allgemeinen Haushalt wird nicht zu erzielen sein, weil der eingeheimste finanzielle Vorteil in Gänze an die Gebührenzahler weitergegeben werden muss. Inzwischen gibt es auch Kommunen, die aus dem schon angedachten Vertragswerk wegen der vielen Risiken ausgestiegen sind .

Bündnis 90/ Die Grünen sind abschließend der Meinung, dass wir gerade in Anbetracht unserer dramatischen Haushaltssituation uns auf keine finanziellen und juristischen Abenteuer einlassen können und dies bei einem Eigenbetrieb der sich in gutem Zustand befindet. Die Auswirkungen eines solchen Vertrag sind auf lange Sicht nicht zu ermessen und ein Risikofaktor für zukünftige Stadtentwicklung.

Mit freundlichen Grüßen

Regula Bässler



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

B 90/Die Grünen • Rathaus • 51465 Berg. Gladbach

im Stadtrat von
Bergisch Gladbach

Telefon + Fax 02202 / 14 22 42

email: gruenefraktion.gl@gmx.de
www.gruene.de/bergisch-
gladbach

Bürozeiten:
die 9-13 Uhr, do 9-14 Uhr
BürgerInnenenprechstunde:
montags 17-18 Uhr

An den Vorsitzenden des Finanzausschuss
Herrn Klaus Orth
Rathaus Bergisch Gladbach

51465 Bergisch Gladbach

Bergisch Gladbach, 11.11.02

Antrag für den Finanzausschuss am 5.12.02

Sehr geehrter Herr Orth,
wir bitten Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung des Finanzausschuss am 5.12.02 zu
setzen.

Antrag

Der Finanzausschuss stellt die finanziellen Auswirkungen eines US Cross- Border- Leasing
Geschäftes fest und überprüft wohin der finanzielle Gewinn fließt.

Begründung

Die finanziellen Risiken eines solchen Vertrages sind schwer abschätzbar. Allein die
Vorbereitung des Cross- Border- Leasing Geschäftes verursacht hohe Kosten, die Anwälte
und Banken in Rechnung stellen. Die Stadt wird mit Abschluss eines Vertrages an
amerikanisches Recht gebunden. Bei Vertragsverletzung drohen hohe Vertragsstrafen, die
wieder zu hohen finanziellen Verlusten führen.

Fraglich ist auch ob der erhoffte Gewinn in den allgemeinen Haushalt eingebracht werden
kann, weil er so Expertenmeinung in Gänze an die Gebührenzahler weitergegeben werden
muss.

Inzwischen gibt es auch Kommunen, die aus dem schon angedachten Vertragswerk wegen der
vielen Risiken ausgestiegen sind. Ein Aussteigen aus dem Vertrag wäre mit hohen Kosten
verbunden.

Bündnis 90/ Die Grünen sind der Auffassung, dass wir gerade in Anbetracht unserer
schwierigen Haushaltslage uns auf keine finanziellen und juristischen Abenteuer einlassen
können und dürfen und dies gerade bei einem Eigenbetrieb, der sich in gutem Zustand
befindet. Die Auswirkungen eines solchen Vertrages sind auf lange Sicht nicht zu ermessen
und ein Risikofaktor für die finanzielle Zukunft der Stadt.

Mit freundlichen Grüßen

